

Stand: 06. Juni 2011

**Vorschlag zu notwendigen Änderungen des Gesetzentwurfs der  
Fraktionen der CDU/CSU und FDP**

**Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Rechtsrahmens für die Förderung  
der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien**

**A. Problem und Ziel**

**Positionen zur EEG-Novelle 2012**

Die Markt- und Systemintegration Erneuerbare Energien stellt heute eine der wesentlichen Herausforderungen bei der anstehenden Novellierung des EEG dar.

In diesem Zusammenhang wird es zunehmend wichtiger, Erneuerbaren Energien den Marktzugang zu ermöglichen und diese energiewirtschaftlich in entsprechende Nachfrageportfolien zu integrieren.

Die Marktintegration Erneuerbare Energien geht auch mit der notwendigen Stärkung wettbewerblicher Strukturen einher. Neue und innovative Unternehmen – in der Regel – kleine und mittelständige Unternehmen (KMU) haben hier bereits erste Konzepte mit intelligenter Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) entwickelt und im Jahr 2011 erstmals erfolgreich im Markt eingesetzt.

Augenscheinlich dokumentiert wird das Marktfunktionieren erstmals durch die Direktvermarktung und das sog. Grünstromprivileg (§37 EEG 2009). Gerade der Einsatz fluktuierender Windkraft führt zu einer grundsätzlichen Entlastung der allgemeinen EEG-Quote und Stärkung neuer Marktmodelle und Teilnehmer.

Um einen Kahlschlag für diese neuen Marktteilnehmer und diese neuen und wichtigen Konzepte und Technologien in der anstehenden EEG-Novelle zu verhindern müssen dringend Anpassungen seitens des Bundestages und Bundesrates erfolgen.

## Grünstromprivileg

Das Grünstromprivileg ist auch im vorliegenden Entwurf das einzige Instrument, das die Nachfrage nach Grünstrom (EEG Strom) über eine direkte Nachfrage der Vertriebe bzw. damit der Endkunden steigert.

Die im Gesetzentwurf formulierten Einschränkungen würden unseres Erachtens das Ziel des Grünstromprivilegs konterkarieren und nur eine begrenzte Anzahl älterer und wenig fluktuierender erneuerbarer Erzeugungsformen wie etwa Grubengas, Deponiegas oder Wasserkraft fördern.

Wir fordern daher, entweder die bisherige Preisregelung beizubehalten oder sie zumindest an die Komplexität der Erzeugungsformen gerecht anzupassen. Die Begrenzung auf 2 ct/kWh erscheint willkürlich und würde keinen Anreiz setzen, komplexere Formen der Erneuerbaren Energien (wie z.B. Windkraft) in den Markt zu integrieren.

Die Bedingung, pro Viertelstunde nur Mengen bis maximal des Viertelstundenverbrauchs anzuerkennen, würde gerade die Integration fluktuierender Energien besonders benachteiligen oder unmöglich machen. Da die Menge unabhängig der Nachfrage vom EEG Anlagenbetreiber abgenommen und vergütet werden muss, sie somit also aus dem EEG herausgenommen wird, erscheint diese Regelung verfehlt. Sie erhöht außerdem den Umsetzungsaufwand und letztendlich die damit verbundenen Kosten.

Deshalb schlagen wir stattdessen ergänzend die folgenden Regelungen vor:

- Die bisherige Preisregelung (volle EEG-Umlage) für höherwertige EEG-Anlagen (z.B. Windkraftanlagen) wird beibehalten.  
**(Siehe ausformulierte Änderungen § 39 unten.)**
- Nur Grünstromportfolien sollten das Grünstromprivileg nutzen können  
  
Dies würde Mitnahmeeffekte gerade bei großen Energieversorgern einschränken.
- Bei Abschalten oder Abregeln einer Anlage durch die Netzbetreiber nach §11 Einspeisemanagement muss die tatsächlich erwartete eingespeiste Menge auf das Grünstromprivileg anrechenbar sein. Der Netzbetreiber muss nach der Härtefallregelung den Ausfall an den Anlagenbetreiber bezahlen.
- Der SDL Bonus muss vom Netzbetreiber weiter ausgezahlt werden, auch wenn sich Anlagen in der Direktvermarktung befinden.
- Der Netzbetreiber (Messdienstleister) muss die notwendigen Daten unverzüglich bereitstellen.

Vorschlag zur Formulierung § 39:

§ 39 Verringerung der EEG-Umlage

(1) Die EEG-Umlage verringert sich für Elektrizitätsversorgungsunternehmen in einem Kalenderjahr um 2,0 Cent pro Kilowattstunde für Strom aus Anlagen im Sinne der §§ 23 bis 28, höchstens jedoch in Höhe der EEG-Umlage, und für Strom aus Anlagen im Sinne der §§ 29 bis 33 um die EEG-Umlage, wenn

Gelöscht: ¶

1. der Strom, den sie an ihre gesamten Letztverbraucherinnen und Letztverbraucher liefern, in diesem Kalenderjahr folgende Anforderungen erfüllt:

Gelöscht: jedem Monat dieses

Gelöscht: s

- a) mindestens 50 Prozent des Stroms ist Strom im Sinne der §§ 23 bis 33 und
- b) mindestens 30 Prozent des Stroms ist Strom im Sinne der §§ 29 bis 33;

bei der Berechnung der Anteile nach Halbsatz 1 darf Strom im Sinne der §§ 23 bis 33 nur bis zu der Höhe des aggregierten Bedarfs der gesamten belieferten Letztverbraucherinnen und Letztverbraucher berücksichtigt werden,

Gelöscht: ,

Gelöscht: bezogen auf jedes 15 Minuten-Intervall,

2. die Elektrizitätsversorgungsunternehmen ihrem regelverantwortlichen Übertragungsnetzbetreiber die Inanspruchnahme der Verringerung der EEG-Umlage bis zum 31. Oktober des jeweils vorangegangenen Kalenderjahres übermittelt haben; hierbei ist auch die Strommenge anzugeben, die die Elektrizitätsversorgungsunternehmen voraussichtlich in dem Kalenderjahr an ihre gesamten Letztverbraucherinnen und Letztverbraucher liefern werden; diese Menge ist auf Grund der Stromlieferungen der ersten Hälfte des vorangegangenen Kalenderjahres abzuschätzen, und

Gelöscht: 0

Gelöscht: September

3. die Elektrizitätsversorgungsunternehmen ihrem regelverantwortlichen Übertragungsnetzbetreiber das Vorliegen der Voraussetzungen nach Nummer 1 nach Maßgabe des § 50 nachweisen.

(2) Für die Berechnung der Strommengen nach Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe a und b darf nur Strom aus erneuerbaren Energien und Grubengas angerechnet werden, wenn

1. die jeweiligen Anlagenbetreiberinnen und Anlagenbetreiber
  - a) den Strom nach § 33b Nummer 2 direkt vermarkten,
  - b) nicht gegen § 33c Absatz 1 oder Absatz 2 verstoßen,
  - c) dem Netzbetreiber den Wechsel in die Form der Direktvermarktung nach § 33b Nummer 2 nach Maßgabe des §

33d Absatz 2 in Verbindung mit Absatz 1 Nummer 1 oder Nummer 2 und Absatz 4 übermittelt haben und

d) nicht gegen § 33f Absatz 1 verstoßen und

2. der Strom von seiner Einspeisung bis zur Lieferung an die Letztverbraucherinnen und Letztverbraucher in Bilanz- oder Unterbilanzkreisen bilanziert wird, in denen ausschließlich Strom bilanziert wird, der in der Form des § 33b Nummer 2 direkt vermarktet worden ist.

Soweit Strom nach Satz 1 nicht angerechnet werden darf, gilt dies bei der jeweiligen Strommenge für den gesamten Kalendermonat, in dem die Voraussetzungen nach Satz 1 ganz oder teilweise nicht vorliegen.“